

Integration über Qualifizierung und Arbeit

Für die Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt trägt die gesamte Gesellschaft Verantwortung. Eine Mammutaufgabe.

„Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen und Migrant_innen – Chancen und politische Herausforderungen“

6. Februar 2017 in Oberhausen



Rainer Schmelzter, Minister für Arbeit, Integration und Soziales in NRW

„Integration gelingt, wenn man sie vernünftig gestaltet“, davon ist Rainer Schmelzter überzeugt. Auf dem Gelände der ehemaligen Zinkfabrik Altenberg in Oberhausen präsentierte der Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen den Mitgliedern des Managerkreises und ihren Gästen einen Statusbericht zur Lage der Geflüchteten am deutschen Arbeitsmarkt.

Schmelzter machte deutlich, dass den Kommunen bei der Arbeitsmarktintegration eine besondere Bedeutung zukomme. „Migration gelingt und gelingt nicht vor Ort“, erklärte er. Vom Bund forderte der Landesminister ein Teilhabe- und Integrationsgesetz nach NRW-Vorbild. „Die Zeit dafür ist mehr als reif“, sagte Schmelzter. Gemeinsam mit Thomas Wessel, Personalvorstand der Evonik Industries AG, sprach der Minister über Chancen und politische Herausforderungen der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten und Migrant_innen. Wirtschaftsvertreter Wessel machte deutlich, dass Integration vor allem durch Qualifizierung und über Arbeit gelinge. „Dabei wollen wir mit unserem Know-how unterstützen. Denn Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, begründete Wessel das Engagement seines Unternehmens. „Rein von den Bewerber_innenzahlen ausgehend, benötigen wir die Geflüchteten derzeit nicht, um unseren Bedarf an Auszubildenden und qualifizierten Arbeitnehmer_innen zu decken“, sagte er. Langfristig betrachtet sehe das allerdings schon anders aus.

Landesregierung fördert Qualifizierung für den Berufseinstieg

In seinem Impulsvortrag verwies Schmelzter auf die lange Erfahrung NRWs als Einwanderungsland. „Das Miteinander gehört seit 70 Jahren zu unserem Alltag. Das Ruhrgebiet und Oberhausen haben noch längere Erfahrung“, sagte er und ergänzte: „Ich verwehre mich gegen die Auffassung, dass uns die Einwanderung überfordern würde.“ Vielmehr gelinge die Integration. Sie benötige jedoch Zeit und sei nicht ausschließlich von den Zuwander_innen zu stemmen. „Arbeit und Be-



Thomas Wessel, Personalvorstand bei Evonik

schäftigung waren schon immer ein Motor der Integration – vor allem in Nordrhein-Westfalen“, blickte der Minister zurück. Und das Bundesland sei gut aufgestellt: Unter anderem mit kommunalen Integrationszentren, Integrationsagenturen und ‚Integration Points‘ gebe es diverse Anlaufstellen für Geflüchtete. „Für die Integration haben wir allein in diesem Haushaltsjahr 60 Millionen Euro eingeplant. Das Geld dient unter anderem der Sprachausbildung und der Qualifizierung von Geflüchteten“, erklärte Schmeltzer und unterstrich den Nutzen der Investition: „Ausbildung, Arbeit und Beschäftigung sind die Integrationsmotoren. Damit diese auch gut laufen und damit Integration gelingt, haben wir in NRW zahlreiche Maßnahmen und Initiativen auf den Weg gebracht.“ Dazu gehöre zum Beispiel ein Basissprachprogramm für diejenigen, die keinen Zugang zu den Sprachangeboten des Bundes haben. Geflüchteten Kindern ab der achten Klasse komme das Landesprogramm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ zugute. „Mit Potenzialanalysen und Praxisphasen bietet es Orientierung und unterstützt bei der Wahl einer Ausbildung oder eines Studiums“, erläuterte der Minister. Für ältere Geflüchtete habe sich das Land beim Bund eingesetzt, um ihnen die Zugangsvoraussetzungen zu so genannten ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen zu erleichtern. Inzwischen sei es für Geflüchtete zudem möglich, eine duale Ausbildung in Deutschland aufzunehmen. Ergänzend kümmere sich die Landesregierung über ihre verschiedenen Angebote darum, den Kontakt zwischen Unternehmen und Geflüchteten herzustellen. Denn: „Viele Geflüchtete sind noch jung und das bietet große Chancen“, zeigte sich Schmeltzer überzeugt.

Hass, Lüge und Populismus entschieden entgegnet

Alle demokratischen Kräfte rief der Minister dazu auf, klare Kante gegen Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Ausgrenzung zu zeigen. Die Integrationspolitik in NRW richte sich an alle Menschen. Sie sei ein wechselseitiger Prozess, der die Akzeptanz der Mehrheitsgesellschaft brauche. „Darum muss Integrationsbereitschaft auch von Allen in unserem Land eingefordert werden. Das gilt umso mehr, seitdem diese so genannte ‚Alternative für Deutschland‘ ungehemmt Hass, Hetze, Lüge und Populismus verbreitet“, sagte er. „Schauen Sie nicht auf die Erde, halten Sie aufrecht dagegen und machen Sie den Mund auf. Anders geht es nicht.“



Christoph Dänzer-Vanotti, Sprecher des Managerkreises der FES in NRW

Unternehmerisches Engagement ergänzt Bemühungen von Land und Bund

Seit 2015 engagiert sich auch das Unternehmen Evonik Industries in der Geflüchtetenhilfe – zum Beispiel mit finanziellen Mitteln, Sachspenden durch seine Mitarbeiter_innen, Sprach- und berufsvorbereitende Angebote. „Im Chemiapark Marl, wo auch wir produzieren, arbeiten Beschäftigte aus über 50 Ländern“, machte Personalvorstand Thomas Wessel deutlich. So betreffe die Migration selbstverständlich auch seinen Konzern, der an der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe mitwirken wolle. Über das Angebot „Start in den Beruf“ sei es Evonik gelungen, 28 von 30 Geflüchteten zu vermitteln. „Für Höherqualifizierte haben wir in Kooperation mit einer Universität ein Stipendienangebot aufgelegt“, erklärte Wessel.

Tatsächliches Können wichtiger als belegbare Abschlüsse

Dass kleine Handwerksbetriebe nicht die gleichen Möglichkeiten bei der Arbeitsmarktintegration hätten wie große Konzerne – diese die Migrant_innen aber deutlich dringender bräuchten – darauf wies der Moderator und Sprecher des Managerkreises in NRW, Christoph Dänzer-Vanotti, hin. Ein großes Hindernis seien aus seiner Sicht die sprachlichen Fähigkeiten der Geflüchteten. „Die Sprache ist das A und O. Das wissen auch die jungen Geflüchteten und so sind

sie in der Regel begierig, die deutsche Sprache selbst ohne staatliches Angebot zu lernen“, berichtete Schmelzter aus seiner Erfahrung und bemängelte, dass das Angebot an Deutschkursen des Bundes nicht ausreichend sei. „Wir brauchen die Sprachkurse schon im Anerkennungsverfahren“, sagte er.



Im Dialog: Rainer Schmelzter, Christoph Dänzer Vanotti, Thomas Wessel und das Publikum

Wessel plädierte dafür, dass sich Betriebe nicht von fehlenden Zeugnissen abschrecken ließen. „Das, was wirklich in den Leuten steckt, ist doch wichtiger als ein formaler Qualifikationsabschluss. Wer behauptet, einen höheren Abschluss zu haben als er belegen kann, den laden wir zum Berufseingangs-Assessment ein, um seine Qualifikationen zu überprüfen“, erklärte er. Auf dem, was an Ausbildungsinhalten bei den Migrant_innen vorhanden sei, ließe sich häufig gut aufbauen. Schmelzter ergänzte: „Nirgends auf der Welt werden beispielsweise solche Mechatroniker ausgebildet wie in Deutschland. Unser duales System ist einmalig und so ist es

nicht verwunderlich, dass die in einem anderen Land erworbenen Qualifikationen nicht mit unseren vergleichbar sind“, sagte der Arbeitsminister und warb dafür, Qualifizierung nachzuholen. In diesem Zusammenhang mahnte Schmelzter auch: „Wer Geflüchtete in Hilfstätigkeiten steckt tut sich und den Migrant_innen auf Dauer keinen Gefallen. Das schnelle Geld ist nicht alles.“ Junge Geflüchtete müssten daher informiert und davor geschützt werden, sich ausnutzen zu lassen. „Information ist so wichtig“, pflichtete Wessel bei: „Von unseren 30 Geflüchteten, haben sich 21 entschieden, eine Ausbildung zu beginnen. Vier wollen zunächst einen Schulabschluss nachholen. Wichtig ist, dass die jungen Menschen ein Bewusstsein für eine nachhaltige Perspektive und für eine individuelle Lebens- und Karriereplanung bekommen.“

Dass unter den bisherigen Zuwander_innen nicht nur Hochqualifizierte waren, ist inzwischen keine Neuigkeit mehr. Und dennoch: „Die Flüchtlinge helfen ein Stück weit gegen den Fachkräftemangel. Betrachtet man unsere Bevölkerungsentwicklung, wird es auf Dauer auch nicht ohne eine geregelte Zuwanderung gehen“, zeigte sich Wessel überzeugt. Damit diese möglich werde, brauche Deutschland ein Einwanderungsgesetz. „Derzeit gibt es allerdings keine Mehrheit für die alte SPD-Forderung“, betonte Schmelzter.